

tionäre durch dieses Gesetz mit Zuchthausstrafen bedroht werden, sobald sie die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeiter wirksam vertreten wollen? Dieses Gesetz setzt die Grundrechte für die Arbeiter außer Kraft und ist gleichbedeutend mit ihrer politischen Entmündigung.

Die Demokratie beginnt jedoch für die Arbeiter im Betrieb; wo sie im Betrieb beseitigt wird, hört sie auch im Staat auf zu existieren. Bezeichnend ist, daß dieses Betriebsverfassungsgesetz nur gegen die Arbeiter und ihre Organisationen angewandt wird. Adenauer und seine Minister gingen während des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen in die Betriebe und forderten in Versammlungen zur Stimmenabgabe für ihre Partei auf. Die CDU warb durch Flugblätter und Plakate in den Betrieben für ihre Kandidaten, wobei Unternehmer und Meister den Arbeitern erklärten, bei dieser Art von politischer Propaganda würden sie nicht bestraft, da es die „richtige“ Politik sei. Ausnahmegesetze für die Arbeiter und ihre Organisationen — Privilegien für die Großkapitalisten und ihre Parteien — das ist das wahre Gesicht der „demokratischen“ Gesetzgebung des Bonner Polizeistaates. Der bürgerliche Staat kennt in Wirklichkeit keine Gleichheit vor dem Gesetz, keine Gleichheit zwischen Arbeitern und Kapitalisten.

Ein klerikaler Polizeistaat

Der Terror der Machthaber Westdeutschlands richtet sich jedoch nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen alle übrigen Bürger und raubt ihnen die demokratischen Grundrechte, wenn sie sich dem Willen der herrschenden Schicht nicht fügen wollen. In der letzten Zeit sind alarmierende Enthüllungen über die Tätigkeit des Amtes für Verfassungsschutz bekannt geworden. Diese Behörde sollte dem Namen nach den Schutz der demokratischen Verfassung und der Grundrechte der Bürger gewährleisten. Nach dem Willen der herrschenden Kreise in Bonn ist sie jedoch zu einer großangelegten Organisation zur Bespitzelung, Beobachtung und Verfolgung aller aufrechten Demokraten geworden. Selbst bürgerliche Zeitungen bezeichnen diesen Unterdrückungsapparat als einen Staat im Staat, als eine neue Gestapo und stellen die bezeichnende Frage, wer nun die Verfassung vor dem Verfassungsschutzamt schützen solle. So gab zum Beispiel Adenauer dieser Behörde vor kurzem den Auftrag, führende Politiker Westdeutschlands zu überprüfen und zu beobachten, weil sie für die Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik und für die Herstellung normaler Beziehungen mit der Sowjetunion eintraten. Das betrifft die Bundestagsabgeordneten Pfeleiderer und Reinhold Meier, den Vorsitzenden der Gesamtdeutschen Volkspartei Heinemann und den hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller sowie den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dr. Etzel. Reinhold Meier charakterisierte vor kurzem den Bonner Staat als ein autoritäres Staatswesen, in dem die parlamentarische Regierungsform mehr und mehr abgebaut wird.

Die herrschende Partei der Monopole in Westdeutschland, die CDU, übt außerdem durch den katholischen Klerus Gesinnungsterror und Gewissenszwang auf alle fortschrittlichen Menschen, insbesondere auf den religiös eingestellten Teil der Bevölkerung aus. Diesem Druck sind selbst ihre eigenen Anhänger ausgesetzt, wenn sie sich dem Willen der herrschenden Clique nicht beugen wollen. So wurde z. B. schon vor zwei Jahren der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Bodensteiner, der ein überzeugter Katholik ist, sich aber dem Miß-

brauch der religiösen Gefühle für politische Zwecke widersetze, aus der CDU ausgeschlossen.

Wahlagitation von der Kanzel, konfessionelle Verhetzung schon in der Schule und Diffamierung fortschrittlicher Bürger, die sich seinem Machtanspruch widersetzen, das sind die politischen Kampfmittel des katholischen Klerus. In Nordrhein-Westfalen wurde bei den Landtagswahlen sogar in den Kirchen Propagandamaterial der CDU an die Besucher verteilt. Bei der Besetzung von wichtigen Posten in Verwaltung, Polizei und Justiz hat der katholische Klerus überall seine Hand im Spiel.

Die angeführten Tatsachen beweisen, daß das Bonner Regime nichts mit Demokratie und Freiheit zu tun hat, sondern sich zu einem klerikalen Polizeistaat entwickelt hat.

Macht der Monopolherren und Militaristen gestützt auf die Besetzung

Die Grundlage des politischen Regimes in der westdeutschen Bundesrepublik ist die restaurierte politische und ökonomische Macht der Monopolherren, Großgrundbesitzer und Militaristen. Die Errichtung des imperialistischen Besatzungsregimes ermöglicht den alten Machthabern Deutschlands, ihre Machtpositionen wiederzuerlangen und alle fortschrittlichen Kräfte aus Staat und Wirtschaft zu verdrängen. Dabei leisteten die Führer der SPD der Reaktion wertvolle Hilfsdienste, indem sie die Einheit der Arbeiterklasse verhinderten und dadurch die Kraft der Arbeiterklasse schwächten.

Die westlichen Besatzungsmächte mißachteten den demokratischen Willen des Volkes und verhindern die Entwicklung demokratischer Verhältnisse. Im Jahre 1946 fanden in zwei deutschen Ländern, in Sachsen und in Hessen, Volksabstimmungen über die Entmachtung der Monopole statt. In beiden Ländern entschied sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für die Überführung der Großindustrie in die Hände des Volkes. In Hessen aber verhinderte die amerikanische Besatzungsmacht die Verwirklichung des Artikel 41 der hessischen Landesverfassung, wonach die Betriebe der Grundstoffindustrie Volkseigentum werden sollten. Das ist also die Einstellung der imperialistischen Besatzungsmächte zum Willen des Volkes und zur Demokratie.

Das antidemokratische Regime in Bonn steht und fällt mit dem ausländischen Besatzungsregime. Deshalb versucht die Bonner Regierung alles, um den Abzug der Besatzungstruppen zu verhindern und die Besetzung Westdeutschlands für 50 Jahre aufrechtzuerhalten. In Artikel 5 des Generalvertrags haben sich die westlichen Besatzungsmächte durch die sogenannte Notstandsklausel das Recht vorbehalten, zu jeder Zeit die öffentliche Gewalt wieder zu übernehmen, wenn durch den Widerstand der Volksmassen das Regime in der westdeutschen Bundesrepublik bedroht oder eventuell eine neue westdeutsche Regierung eine Politik betreiben sollte, die gegen die Interessen des amerikanischen Imperialismus gerichtet ist.

Westdeutschland besitzt also keine Souveränität und soll nach dem Willen der amerikanischen Imperialisten auch im Laufe der nächsten 50 Jahre keine erhalten. Demokratie herrscht aber nur dort, wo das Volk in freier Selbstbestimmung über seine Geschicke selbst entscheidet. Das ist in der Deutschen Demokratischen Republik der Fall, die volle Handlungsfreiheit in allen äußeren und inneren Angelegenheiten einschließlich ihrer Beziehungen zu Westdeutschland besitzt.

M.M.